DER SPIEGEL

von Behörden und Gesellschaft

Manifest – Kurzfassung und Printversion für die Gemeinde Flawil Ausgabe April 2017

Herausgeber: Alex Brunner, Bahnhofstrasse 210, 8620 Wetzikon, www.brunner-architekt.ch

Einleitung

«Wer nicht den Mut hat, Grosses zu denken, wird nur Kleines erreichen.»

Alexander der Grosse (356-323 v.u.Z.), König von Makedonien

Ganz bestimmt haben Sie meine FLAWILER NACHRICHTEN vom 31. August 2000 anlässlich des Gemeinderatswahlkampfes noch in Erinnerung, war doch der Inhalt, wie mir mitgeteilt wurde, wochenlang das Gesprächsthema Nummer eins. Dass ich damals in der Folge «abgesägt» worden bin, hing nicht etwa damit zusammen, dass meine Darlegungen ohne Grundlage gewesen wären, sondern lediglich mit dem «politischen System». Aber dieses «politische System» muss man zuerst kennen und verstehen lernen. Offen gestanden verstand ich es damals nicht, aber immerhin verstand ich die Situation um Grössenordnungen besser als das Gros der Betroffenen und der Zuschauer, denn nur eine Handvoll Personen wusste, was damals gespielt wurde und geplant war. Wenn ich heute mein Manifest DER SPIEGEL[1] verlege und darin Ross und Reiter namentlich nenne, so wird sich jedermann hüten, mir nochmals nahe zu treten, denn nun verstehe ich nicht nur die Zusammenhänge und damit dieses «Spiel», sondern ich verfüge auch über die erforderlichen Beweise. Deshalb will ich nicht einfach «Geschichtli» erzählen, sondern Ihnen die Geschichte erklären. Das ist nicht einfach, weil das Wissen an allen Ecken und Enden fehlt. Deshalb stellt DER SPIEGEL an Tiefgründigkeit meine FLAWILER NACHRICHTEN weit in den Schatten.

Die nachfolgenden Ausführungen sind nur eine Kurzfassung und bei weitem nicht vollständig. Sie erfolgen nicht in chronologischer Reihenfolge. Deshalb kann ich darin die Zusammenhänge unmöglich vollständig erklären, weshalb aus dieser Kurzfassung keine Rechte abgeleitet werden können.

1 Die persönlichen Erlebnisse der Behördenwillkür

«Es ist gefährlich Recht zu haben, wenn der Staat Unrecht hat.»

Mathias Richling (1953-), deutscher Kabarettist

1.1 Der Gemeinderat Flawil

1.1.1 Aufsichtsbeschwerde gegen den Gemeinderat

Im Februar 2000 reichte ich meine Aufsichtsbeschwerde gegen den Gemeinderat Flawil ein. Als Gemeindammann Muchenberger Anfang März die Post von St. Gallen erhielt und ich ihm dies auch noch persönlich eröffnete, sagte er: «Wenn das erledigt sei, so komme ich dran!» Wie Sie noch sehen werden, hat er Wort gehalten, aber er war nicht der Drahtzieher, er und der ganze Gemeinderat waren nur blinde und wirbellose Marionetten, die die Verbrechen umsetzten, weil es Dritte so wollten.

Aufgrund meiner Aufsichtsbeschwerde hat die Regierung den Gemeinderat verpflichtet, alle Baubewilligungsverfahren der Jahre 1988 bis 1998 zu überprüfen. Das Resultat wurde im *Anzeiger Flawil* publiziert, aber niemand in der Gemeinde hat sich daran gestört. Aus den Entscheiden der St. Galler Regierung und der Anklagekammer geht aber ausdrücklich hervor, dass das Nichteinholen einer kantonalen Bewilligung den Tatbestand der ungetreuen Amtsführung erfülle. In der untersuchten Periode mussten 49 kantonale Bewilligungen nachgeholt werden, d.h. es waren 49 Verbrechen, die bloss auf formelle «Unterlassungen» zurückgeführt wurden. Dabei sind die materiellen Vorteilsgewährungen und zugefügten Nachteile noch gar nicht berücksichtigt. Weshalb haben Sie das nie in einem Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gelesen?

In der Aufsichtsbeschwerde habe ich die GPK-Berichte gerügt, weil sie nur belangloses Zeugs, aber keine Informationen für die Oberaufsicht enthalten. Das damalige Gesetz hielt fest, dass nur Rechenfehler und Verschriebe korrigiert werden durften. Von einem Ergebnis der Prüfung ist also nicht die Rede. Vielmehr erhält man den Eindruck, dass die GPK die Geschäfte nicht geprüft habe. Die Regierung hat mir deshalb keine Folge geleistet. Aber das interessierte die Bevölkerung ja nicht.

[1] http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Der_Spiegel.pdf

1.1.2 Die Vergabe des *Anzeiger Flawil*

Im Sommer 2000 wollte der Gemeinderat für den *Anzeiger Flawil* einen Direktauftrag an die *Druckerei Flawil AG* (DFAG), heute *Dfmedia AG*, erteilen und damit Vorteile gewähren. Da habe ich ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht, weshalb er eine Submission durchführte. Aber diese Submission hatte seine Pferdefüsse, weshalb ich dagegen Beschwerde erhob. Regierungsrat Haag wies meine Beschwerde ab, weshalb der *Volksfreund* über meine Niederlage triumphierte. Damit verbunden war auch eine Kostenauflage für den Anwalt der DFAG. Weil das rechtswidrig ist, erhob ich Beschwerde ans Verwaltungsgericht und gleichzeitig an die Regierung. Die Regierung wies meine Beschwerde ab und schrieb, sie sei trölerisch (rechtsmissbräuchlich), und bei der nächsten Beschwerde werde mir Kosten auferlegt. Später entschied das Verwaltungsgericht anders und schützte meine Beschwerde. Gleichzeitig hielt es fest, dass die Vergabe widerrechtlich sei, was sie schon einmal kommuniziert habe. Also musste der Gemeinderat wieder eine Submission durchführen, mit der er aber die Verordnung erneut unterlaufen wollte, um die DFAG wieder zu bevorteilen. Auch dagegen erhob ich Beschwerde. Nun wies Regierungsrat Haag meine Beschwerde erneut ab, hütete sich aber, mir Kosten aufzuerlegen, weil ich sonst ein Rechtsmittel in der Hand gehabt hätte. Summa summarum kann festgehalten werden, dass die Vergabe erneut widerrechtlich war und die DFAG wieder bevorteilt wurde.

1.1.3 Die Strafanzeige gegen den Gemeinderat und Konsorten

Es sei unglaublich, was da alles passiere, hat mir der ehemalige oberste Strafverfolger im Bezirk, Bezirksammann Willi Brunschwiler, erklärt. Da sagte ich mir, dass mir das nicht passiere, ansonsten ich aufräumen würde. Deshalb entschloss ich mich, Strafanzeige gegen den Gemeinderat und Konsorten zu erheben. Alsbald stellte ich aber fest, dass der Kanton St. Gallen ein sogenanntes Ermächtigungsverfahren in Strafsachen kennt. Bei diesem Verfahren «prüft» die Anklagekammer, ob die Staatsanwaltschaft gegen Behördenmitglieder und Beamte ermitteln darf. Dieses Verfahren existiert seit 1806, musste aber wegen der Einführung des Eidgenössischen Strafgesetzbuches aufgegeben werden. Das störten Regierung und Parlament nicht, dieses 1956 wieder einzuführen. Der Bericht über die Aktivitäten der Anklagekammer wird veröffentlicht. Daraus war ersichtlich, dass sie den genannten Personenkreis institutionell begünstigte. Die Regierung hat gegen die Baukommission Strafanzeige erhoben und dabei im Minimum den Gemeindammann Isenring begünstigt. Die Anklagekammer hat entschieden, dass nur einstweilen gegen den Baupräsidenten Bossart ermittelt werden dürfe, obschon der Sachverhalt eindeutig war. Dagegen erhob ich Staatsrechtliche Beschwerde ans Bundesgericht. Das Bundesgericht hatte kein Interesse, sich materiell mit dem Verfahren auseinander zu setzen und begnügte sich mit der Parteiliteratur des Präsidenten der Anklagekammer, Niklaus Oberholzer, dem heutigen Bundesrichter, und wies meine Beschwerde willkürlich ab. Allerdings reduzierte es die Kosten wegen Willkür der Anklagekammer.

Bossart wurde 2007 vom Kantonsgericht frei gesprochen. Aus einer dürren Zeitungsmitteilung geht hervor, dass es sich um ein Ausstandverfahren handelte. Die ungetreue Amtsführung, die der Gemeinderat mit der Publikation der Ergebnisse stillschweigend kommuniziert hat, wurde nicht verfolgt, ansonsten es für die ganze Baukommission zwingend eine Verurteilung hätte geben müssen. Damit wird ersichtlich, dass das Ermächtigungsverfahren nur der Begünstigung und Weisswaschung von Behörden dient, damit die Verbrechen unter dem berühmten Teppich bleiben.

1.1.4 Die Gemeinderatswahlen 2000

Nachdem mit einer Gegenkandidatin das Amt des Gemeindepräsidenten strittig gemacht wurde, habe ich meine FLAWILER NACHRICHTEN verteilt. In der Folge verlangte der ganze Gemeinderat eine superprovisorische Verfügung. Obschon, wie mir mitgeteilt wurde, meine NACHRICHTEN über Wochen das Gesprächsthema Nummer eins gewesen waren, schrieb die örtliche Monopolzeitung *Volksfreund* kein Wort darüber, und vor allem Muchenberger wurde nur im besten Licht dargestellt. Bei den Gemeinderatswahlen gaben mehr als 2000 Personen ihre Stimme für den bisherigen Gemeindepräsidenten Muchenberger ab und nur zirka 400 Stimmen entfielen auf die Gegenkandidatin. Auch Felix Bossart erhielt ein Glanzresultat.

Die Wege von Felix Bossart und dem Rest des Gemeinderates trennten sich, weil ich mit ersterem nicht bereit war, eine Einigung zu erzielen. Der Gegenanwalt Stadelmann unterbreitete mir die beiden Optionen: Vereinbarung oder Klage. Da ich gemerkt hatte, dass er die Tragweite des Geschehens nicht verstand, stellte ich ihm einige gezielte Fragen, weshalb ich die Option Vereinbarung wählte, jedoch den Arbeitsrapport des PR-Beraters verlangte. Im Gegenzug musste ich eine Gegendarstellung publizieren. Das wurde natürlich mit Gelächter aufgenommen, denn niemand hat dabei gemerkt, dass mir damit genau jener Hinweis in die Hände gegeben wurde, womit die Bestechung (ehemals Korruption) bestätigt wurde. Zwischen dem Gemeinderat und der DFAG gab es über den PR-Berater Absprachen, ansonsten der *Anzeiger Flawil* als unabhängige Zeitung über meine NACHRICHTEN berichtet hätte. Aber die Strafverfolgungsbehörden hatten kein Interesse, dies zu verfolgen und der *Volksfreund* schrieb hämisch über meine Publikation. Nun war ich nicht mehr bereit, die Vereinbarung einzuhalten. Der Gemeinderat (-) war ab meiner Strafklage verunsichert und getraute sich nicht, das Inkasso sofort durchzusetzen. Nach den Wahlen erhob ich Wahlbeschwerde, die von Regierungsrätin Hilber abgeschmettert wurde. Nachdem ich den Arbeitsrapport des PR-Beraters erhalten hatte, erhob ich dazu eine Aufsichtsbeschwerde, die Regierungsrätin Hilber wieder abschmetterte.

Die Auseinandersetzung mit Bossart führte zu einer Klage. Angesichts meiner Strafklage wurden die Fristen der Zivilklage einstweilen aufgeschoben. Gerichtspräsident Haltinner tat das widerwillig, weshalb er mir willkürlich Entscheidgebühren auferlegte, die Parteikosten aber bei der Hauptsache beliess. Schlussendlich sah er selber ein, dass das Strafverfahren abzuwarten sei, weshalb er wieder Amtsmissbrauch beging und mir die Entscheidgebühren aufbrummte. Schlussendlich hatte Bossart kein Interesse mehr am Verfahren, weshalb er die Klage zurück zog.

1.1.5 Die weitere Entwicklung in meiner persönlichen Angelegenheit

Für die Erschliessung des Mittleren Botsberg wurde von der Baukommission 1998 ein Vorprojekt grundsätzlich gutgeheissen. Dabei blieb die Problematik des Ausbaus des Weges bei der Überbauung Kerbelring ausgeklammert, weil die Baukommission damals Amtsmissbrauch begangen hatte. Weder die Baukommission noch der Gemeinderat waren bereit, über diese Angelegenheit zu verhandeln. Das war für mich schlussendlich auch der Anlass gewesen, Aufsichtsbeschwerde zu erheben, die in diesem Punkt ebenfalls nichts gefruchtet hatte.

Im Jahre 2001 wurde dieses Geschäft von der Baukommission an die Tiefbaukommission überwiesen. Nachdem ich den Gemeinderat im Februar 2001 in Verzug gesetzt hatte, stellte die Tiefbaukommission für die bisherigen Aufwendungen Rechnung. Dagegen erhob ich als Eigentümer Rekurs an den Gemeinderat, weil ursprünglich vereinbart wurde, dass beide Parteien die Kosten bis zur definitiven Kostenverlegung selber tragen werden. Nachdem ich den Gemeinderat deswegen ebenfalls in Verzug setzen musste, teilte er mir mit, ich hätte mich zu entscheiden, ob ich bereit sei, die mir zugesprochene Erschliessungsplanung selber vorzunehmen oder ob ich sie wieder dem Gemeinderat zurückgeben wolle. Wenn ich die Planung zurückgäbe, so würde er einen Kredit beantragen und die Planung für Parzelle Nr. 1755 selber durchführen. Erst wenn ich diese Frage entschieden hätte, würde er auf den Rekurs eintreten. Das war eine klassische Nötigung, ein Verbrechen, die mit Unterstützung des Baudepartements zustande kam (sic). Die Parzelle Nr. 1755 war aber die Landwirtschaftsparzelle und nicht die Baulandparzelle. Das war allen Beteiligten klar! Nachdem ich den Gemeinderat vergebens gemahnt hatte, willigte ich Ende Januar 2002 ein, dass er die Planung für die Erschliessung der Parzelle Nr. 1755 an die Hand nehme, damit ich nachher das Land bebauen könne. Zwei Tage später war der Kredit gesprochen und der Planungsauftrag ausgelöst. Das Projekt wurde aber nicht für die Landwirtschaftsparzelle Nr. 1755 erstellt, sondern für jene der Bauparzelle!

Spätestens mit dieser vollendeten Nötigung wusste ich, dass ich in der Falle sass, aus der ich nicht mehr heil herauskommen würde, denn mein Gegner war nicht nur der Gemeinderat, sondern nun auch das Baudepartement und damit die Regierung sowie, wie Sie noch sehen werden, auch das Parlament. Somit hatte ich die Wahl zwischen dem Kampf gegen einen unsichtbaren Gegner oder der Unterwerfung. Letzteres kam für mich nicht in Frage.

1.2 Die St. Galler Politik

Nachdem im Jahre 2001 die GPK-Berichte immer noch keine sachdienlichen Aussagen zuhanden der Oberaufsicht enthielten, untersuchte ich die Gesetzgebung. Schnell wurde klar, dass im Jahre 1946 ein gutes Organisationsgesetz erlassen worden war, das der Bürgerversammlung ermöglichte, Informationen über die Oberaufsicht zu erhalten. Zudem war es sowohl einer Minderheit des Gemeinderates als auch der GPK möglich, je einen Minderheitsbericht zu verfassen. Mit der Einführung des Gemeindegesetztes 1978/79 wurde das alles geändert. Die letzten brauchbaren Elemente wurden im Jahre 2002 aufgehoben.

Nebst dem im Gemeindegesetz vorgesehenen GPK-Bericht hatte die GPK die Möglichkeit, dem Rat Anregungen zu unterbreiten. Regierungsrätin Hilber hat mir persönlich bestätigt, dass es interne und externe GPK-Berichte gebe. Die externen entsprechen jenen, die an die Bürgerversammlung gelangen und nichts als belangloses Zeugs beinhalten, und die internen sind eigentlich jene, die Klartext reden, aber nur intern zirkulieren, damit die Verbrechen nicht öffentlich werden. Mit ihrem Stillschweigen stellt die GPK somit vorsätzlich sicher, dass die Verbrechen in der Gemeindeverwaltung nicht publik werden. Auch das habe ich sowohl der St. Galler Regierung als auch dem Kantonsrat erfolglos unterbreitet, genau gleich wie auch die Angelegenheit des Ermächtigungsverfahren.

Da zu dieser Zeit die neue Kantonsverfassung in Diskussion stand, interessierte mich, was der Unterschied zwischen der alten und der neuen war, ganz besonders im Bereich der Oberaufsicht. Das, was ich hier zutage förderte, bestätigte mein bisheriges Bild. In der neuen Verfassung wurden die Kompetenzen vom Kantonsrat zur Regierung verschoben. Der Kantonsrat ist nicht mehr oberste Behörde und zudem hat er Herrschaftskompetenzen an die Regierung abgegeben. Mit andern Worten, der Kantonsrat schafft sich selbst ab, was Programm ist. Die Gerichtswillkür ist bereits in der Verfassung zementiert und der Kantonsrat kontrolliert die Gerichte nicht mehr.

1.3 Der über mich verhängte Konkurs

Ich überlegte mir schon lange, wie ich meine Darlehen ablösen konnte, doch spätestens nachdem ich bemerkt hatte, dass ich in der Falle sass, war das mit einem sehr hohen Risiko verbunden, später von der Staatsanwaltschaft den Vorwurf des Betrugs hören zu müssen. Aufgrund der «Übungsanlage» hatte ich keine Chance, je heil aus dieser Situation herauszukommen. Also entschloss ich mich, den Konkurs abzuwarten, denn im März 2002 hatte meine Schwester die mir gewährten Darlehen gekündigt; ein halbes Jahr später folgte die Mutter. Beide waren durch Rechtsanwalt Christoph Locher vertreten. Locher hatte damit ein anwaltliches Standesproblem, aber das ist für den Vizepräsidenten des St. Gallischen Anwaltsverbandes kein Problem. Die Frist zwischen der Gerichtsverhandlung und dem Urteil zur Rechtsöffnung dauerte dreieinhalb Monate, was, wie mir berichtet wurde, sehr lang sei. Mein Anwalt Thomas Schütz war zufällig bei der Zustellung des Urteils in den Ferien und hatte keinen Stellvertreter bezeichnet, obschon er in Bürogemeinschaft war. Anlässlich des anschliessenden Gespräches eröffnete mir Schütz: *«Ich glaube, Sie müssen in den Konkurs!»* Schütz wusste demzufolge viel mehr, weshalb er Anteil an meiner Vernichtung hatte. Die Konkursverhandlung bzw. die Konkurseröffnung erfolgte am 24.06.2004.

Als ich im Juni 2005 dem Konkursamt einen Besuch abstattete und Einsicht in die Akten verlangte, war nur der ehemalige Kantonsratspräsident Fritz Buchswacher anwesend. Als er hörte, dass ich auch die Konkursprotokolle einsehen wollte, sagte er, dass diese seit 50 Jahren nicht mehr verurkundet würden, und wenn überhaupt, erst am Schluss. Aufgrund der Unterlagen sah ich, dass gewisse Akten nicht mehr vorhanden waren. Zusammen mit weiteren Hinweisen Dritter stellte ich fest, dass Offerten für die Liegenschaften nicht vorhanden waren und damit unterschlagen wurden.

Ralph Klingler aus Flawil wurde bei einer Liegenschaft massiv bevorteilt. Innerhalb von sieben Wochen, während deren er diese Liegenschaft hielt, verdiente er zirka dreiviertel Millionen. Ein Drittangebot war aber weit höher gewesen, aber offiziell nicht vorhanden. Der Vorsteher des Landwirtschaftsamtes, Hansueli Nef, verbot es einem ehemaligen Pächter, die Parzelle zu kaufen, und erteilte die Bewilligung willkürlich dem Nicht-Selbstbewirtschafter Hansruedi Brändle, Flawil; es war nicht das erste Mal.

1.4 Die eidgenössische Politik

Erstmals beklagte ich im Juli 2001 gegenüber dem Bundesrat das bundesrechtswidrige Ermächtigungsverfahren in Strafsachen, doch der damalige Vizedirektor des Bundesamtes für Justiz, Peter Müller, interessierte das nicht. Auf weitere Eingaben auch zu anderen Themen trat der Bundesrat nicht ein.

Im Oktober 2002 gelangte ich erstmals an die Bundesversammlung. Ständerat Hans Hess, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), Subkommission EJPD/Gerichte, interessierte das ebenfalls nicht. Doch ich liess nicht locker und schrieb meine weiteren Eingaben an die Bundesversammlung. Schlussendlich antworteten die Präsidenten der Kommission für Rechtsfragen, Ständerat Rolf Schweiger und Nationalrat Luzi Stamm, und wiederholten das bereits mitgeteilte.

1.4.1 Die Einstellung der parlamentarischen Oberaufsicht über die Justiz

Ich habe schon im Jahre 2001 darauf hingewiesen, dass angesichts der grassierenden Behördenwillkür die parlamentarische Oberaufsicht fehle, doch ich wurde abgewimmelt; es bestehe Gewaltenteilung. Im Juni 2005 liess ich mir im Staatsarchiv Zürich die Protokolle der parlamentarischen Justizkommission geben. Da wurde ich fündig. 1955 behauptete in der Kommission ein Anwalt, dass die inhaltliche Prüfung von Gerichtsurteilen, was seit Jahrzehnten konstante Praxis war, rechtswidrig sei. Von da an wurde die Oberaufsicht über die Justiz aufgehoben. Aus Akten im Kanton Schaffhausen kann nachgewiesen werden, dass die parlamentarische Oberaufsicht mit dem Amtsgeheimnis, das im neuen Strafgesetzbuch enthalten ist, ausgehebelt wurde. Mit andern Worten, die Verfassung wurde mit dem Strafrecht ausser Kraft gesetzt. In weiteren Kantonen waren die Akten in den Archiven gar nicht vorhanden, und einzelne waren bei den Regierungen unter Verschluss, wie mir nachher mitgeteilt wurde. Im Bundesarchiv waren nur die neueren Protokolle vorhanden, aber mit einer Lücke der Jahre 1950 bis 1952. Diese und die alten Protokolle konnte ich nicht einsehen, weil sie nicht im Bundesarchiv sind, obschon die Bundesversammlung behauptete, sie seien dort.

Die Analyse der Amtsberichte des Bundesgerichtes und des Zürcher Obergerichtes über 100 bzw. 70 Jahre ergab ein vernichtendes Urteil und bestätigte das, was ich aufgedeckt und erlebt hatte. Nach der Einstellung der parlamentarischen Oberaufsicht begann die behördliche und richterliche Willkür, ganz besonders im Bereich des Schuldbetreibungs- und Konkursbereiches (SchKG). Aufgrund der Amtsberichte des Bundesgerichtes kann nachgewiesen werden, dass die Veränderung strategisch vorsätzlich und damit kriminell begangen wurde und das Bundesgericht ihrer Oberaufsicht insbesondere über den SchKG-Bereich nicht mehr nachgegangen ist. Weder Behörden noch Medien interessierten sich für diese Aufdeckung!

1.4.2 Die politische Bedeutung der Aufhebung

Politisch bedeutet die Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht nichts anderes, als dass wir keine Herrschaft mehr über die Staatsverwaltung haben. Herrschaft kann nur ausgeübt werden durch die drei Kompetenzen der Anordnung (Gesetze erlassen oder Aufträge erteilen), der Kontrolle (kontrollieren, ob die Aufträge richtig ausgeführt worden sind und ev. Richtigstellungen verlangen) sowie der Möglichkeit, Fehlbare zu bestrafen. Nur letzteres sichert die endgültige Durchsetzung der Herrschaft. Fehlt eine dieser Kompetenzen, so kann die Herrschaft nicht mehr durchgesetzt werden. Diese Herrschaftsform ist im zusammengesetzten Wort Demokratie versteckt, denn es bedeutet nichts anderes als Volksherrschaft. Mit andern Worten: Wir haben keine Demokratie mehr!

Nachdem aber sichtbar wurde, dass Parlamente, Regierungen und Gerichte diese Aufhebung gemeinsam und hinter dem Rücken des Volks durchgeführt haben, steht fest, dass wir einen kriminellen «Staat» im Staate haben.

2 Geschichte wie sie nie im Zusammenhang aufgezeigt wird

«Geschichte ist die Lüge, auf die sich alle geeinigt haben.»

Voltaire eigentlich François Marie Arouet (1694-1778), franz. Autor, Freimaurer

Nachdem ich diese politisch-rechtlichen Aufdeckungen gemacht hatte, stellte ich immer die Frage: *«Wer hat das getan?»* Die Antwort war immer die gleiche: *Bilderberger, Freimaurer, Weltherrschaft*. Obschon mir die politische Tragweite meiner Aufdeckung bewusst war, wies ich diese Antworten weit von mir, weil sie damals einfach nicht in mein Weltbild passten.

Dann begann ich Bücher über die Freimaurer zu lesen, aber ich konnte ihnen nichts unterstellen. Alles war im schönsten Licht, bis ich ein Buch der Gegner kennen lernte. Erst da gingen mir die Augen auf. Das war der Beginn, die Geschichte zu studieren.

2.1 Politische Geschichte

Zuerst studiert man die Neuzeit. Da muss man erfahren, dass die politische Aufklärung durch die Freimaurerei erfolgte und die wissenschaftliche durch die Rosenkreuzer. Die politische Aufklärung gipfelte in der Französischen Revolution. Gegenpart der Freimaurerei waren die Jesuiten. Die Französische Revolution wurde von der Britischen Ostindien-Kompanie (BEIC) aus London organisiert. Nachdem das Kommunistische Manifest der beiden Freimaurer Marx und Engels 1848 erschienen war, brannte ganz Europa, und in allen Ländern wurden die Regierungen gestürzt und Demokratien eingerichtet.

Der erste Weltkrieg wurde nicht von Deutschland angezettelt, sondern von langer Hand geplant. Nachweislich planten 1887 der Prinz von Wales, der spätere König Eduard VII., Lord Randolph Churchill (der Vater von Winston Churchill), Herzog von Norfolk, Lord Salisbury (britischer Premier- und zugleich Aussenminister) sowie das Haupt des Hauses Rothschild, Baron Nathan Mayer Rothschild, den Krieg. Die Balfour-Deklaration für die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Jerusalem durch die Engländer wurde an Lord Walter Rothschild, dem Sohn von Baron Nathan Mayer Rothschild übergeben. Die gleichen Leute planten auch die Russische Revolution, die Sowjetunion mit dem Eisernen Vorhang und den Kalten Krieg. Jakob Schiff, ein internationaler Banker und Präsident des Amerikanischen Jüdischen Komitees (American Jewish Committee), finanzierte die Russische Revolution und erteilte den Bolschewiken den Auftrag zur Ermordung des Zaren.

Der Zweite Weltkrieg war ebenfalls kein Unfall und er wurde auch nicht von Hitler angezettelt. Der Zweite Weltkrieg war eine Folge des Ersten. Hitler hat seine Macht 1933 auf legalem Wege erhalten, denn das Parlament hat ihm seine Kompetenz übertragen und sich damit selbst abgeschafft. Es ist das gleiche Schema, wie ich es in der Schweiz aufgedeckt habe: Das Parlament hat die Kompetenz abgegeben.

Wenn man das einmal verstanden hat, so fragt man sich, wie die Geschichte weiter zurück aussieht. Im Jahre 2010 trat ich in eine geistige (spirituelle) Schule ein, die 7000 Jahre alt ist. Sie vermittelt die Lehre der drei Welten, die auch mit Gesundheitspflege und Wahrheitssuche umschrieben wird. Diese Lehre war einst universal verbreitet. In dieser Lehre muss man nichts glauben, denn man kann alles selbst erfahren, sofern man gewillt ist, fleissig zu üben. Diese Naturlehre wird seit fünf bis sechs Jahrtausenden bis auf den heutigen Tag konsequent bekämpft, was in Babylon seinen Lauf nahm.

Deshalb weiss ich, was vor den Religionen und den Göttern für eine Kultur herrschte. Aus der Geschichte ist belegt, dass seither diese Kultur zerstört wird und dabei immer wieder geheime Organisationen massgebend waren. Ich nenne sie deshalb Babylonier bzw. babylonisch, um die Unsicherheiten der verschiedenen Organisationen zu umgehen. Hier ist ausdrücklich anzufügen, dass an der «babylonischen» Spitze Familien stehen, die ihren Stammbaum über 2500 Jahre bis ins jüdisch-babylonische Exil zurückführen können. Oberstes Ziel ist, die Menschheit von Babylon abhängig zu machen. Die konstruierten Religionen sind nur Mittel zum Zweck, und in absehbarer Zeit werden sie komplett abgeschafft werden. Die Bibel versteht man nur, wenn man die Metaphern der Lehre der drei Welten versteht. Die Geschichte der letzten Jahrtausende zu verstehen ist nur möglich, wenn man auch die strategischen Aufträge der monotheistischen Religionen begreift. Dann weiss man auch, was noch auf die Menschheit zukommen wird. Erst wenn man das alles verstanden hat, versteht man den weltweiten Irrsinn und die Politik, die nur diesem Primat huldigt. Das beinhaltet aber auch zu wissen, wie unsere Schulwissenschaft zusammengebastelt wurde. Unsere Schulwissenschaft kann die Natur nicht beschreiben, weshalb sie auf Axiome (Behauptungen) angewiesen ist, die nicht bewiesen werden können. Daher ist unsere Schulwissenschaft eine Glaubenswissenschaft. Dank diesem Hintergrund war es dem Zisterzienserabt und Illuminaten Joachim von Fiore (1130/35 – 1202) um 1200, möglich, die Zeit des Heiligen Geistes vorauszusagen, in dem die wahre, vollkommene Philosophie auf die echte Theologie gegründet sein wird und die erneuerte Religion im neuen Jerusalem herrschen werde. Auch das Regiment der Welt werde sich ändern, denn auf die Monarchie und die Aristokratie werde die Demokratie folgen. Das sagte er 600 Jahre vor der Französischen Revolution!

2.2 Materialismus

2.2.1 Gesundheit

Uns wird erzählt, die Menschen seien noch nie so alt geworden wie heute, das sei eine Folge unserer Spitzenmedizin. Das ist alles Lug und Trug. Es ist überliefert, dass die Menschen vor 4500 Jahren im Mittel 150 Jahre alt geworden sind und jene die die Lehre der drei Welten praktiziert haben, wurden noch viel älter. Unsere materialistisch ausgebildeten Ärzte können die kranken Menschen nicht heilen, denn sie wissen gar nicht, was das Leben ausmacht. Mit den Medikamenten unterdrücken sie nur die Symptome und verschmutzen den Körper. Bei den Psychiatern ist es das gleiche, nur einige Potenzen schlimmer. Geistige Probleme kann man nicht mit Medikamenten heilen, deshalb zerstören die Psychiater mit ihren Medikamenten jeden Patienten. Das ist ein Verbrechen!

Die Menschen zu zerstören, ist Programm. Wenn es nach der selbsternannten Elite, den Babyloniern, geht, sollen auf der Erde weniger als eine halbe Milliarde Menschen leben. Heute sind es rund acht Milliarden. Dieser Holocaust steht der Menschheit noch bevor; er wird schon in der Bibel vorhergesagt.

Um die Menschheit zu verkleinern, müssen die Menschen zusätzlich krank gemacht werden. Mit der Übersäuerung (Azidose) werden wir krank gemacht. Diese Krankheit zeigt verschiedene Symptome, deren Extreme der Krebs und der Herzinfarkt sind. Übersäuert werden wir durch Stress, durch falsche oder einseitige Ernährung. Fleisch, Pasta, Milch, Zucker und vieles mehr sind Säureproduzenten. Um eine Säure zu neutralisieren, benötigen wir eine basische Ernährung. Das sind generell Früchte und Gemüse. Aber diese Lebensmittel sind bald keine Lebensmittel mehr, weil die Inhaltsstoffe durch Zucht, Düngung und schlechte Verarbeitung gegenüber früher bedrohlich reduziert sind. Deshalb ist fast die ganze Menschheit übersäu-

ert. Die «Wissenschaft» streitet sich darüber. Das ist aber gewollt. So kann man die Menschen besser von der babylonischen Pharmaindustrie abhängig machen, damit wir noch kränker werden.

2.2.2 Energie

Die Ölkrise im Jahre 1973 ist den meisten Leuten noch bekannt; sie wurde vorsätzlich vom Zaun gerissen und wurde an einer Bilderberger-Tagung besprochen. In der Folge begann das Energiesparen. Die Welt ist voller Energie, weshalb wir gar nicht Energie sparen müssten. Das Problem ist nur, dass die Politik uns diese natürlichen, freien, also unentgeltlichen und sauberen Energieträger nicht anwenden lässt, denn nur so ist es möglich, uns von Babylon abhängig zu machen. Mit dem Verbrauch von Öl verschmutzen wir unsere Umwelt, weshalb wir krank werden und so wieder von Babylon abhängig werden. Deshalb ist die Energiestrategie 2050 des babylonischen Bundesrates nichts anderes als eine babylonische Agenda, das uns nicht nur sehr viel kosten wird, sondern uns in die Steinzeit zurückbefördert.

Mit der Verwendung von Öl entsteht Kohlendioxyd (CO2), das in die Atmosphäre entweicht und das Klima erwärmt, wird uns erzählt. CO2 ist aber für die Pflanzen unerlässlich, denn sie produzieren daraus den Sauerstoff, den wir zum Atmen brauchen. Aber wegen dem bösen CO2 steige die Temperatur in der Atmosphäre an, weshalb die Gletscher schmelzen und der Meeresspiegel steige, wird behauptet. Aber wenn wir «Freie Energie» verwenden könnten, würde das nicht passieren!

Aber da gibt es noch einen künstlichen Faktor: Sie kennen sicherlich die Kondensstreifen der Flugzeuge am Himmel. Diese bestehen nur aus Wasserdampf, weshalb sie nach fünf Minuten nicht mehr sichtbar sind. Seit den 1990er Jahren gibt es das Phänomen der Chemtrails (übersetzt: Chemie-Spur). Am Anfang sehen sie genau gleich aus wie die Kondensstreifen. Nachher werden sie breiter und breiter und bilden schlussendlich schlierenartige Teppiche. In den Wetternachrichten werden sie als sogenannte «Schleierwolken» bezeichnet. Wie es der Name sagt, beinhalten sie Chemie, die uns nicht gut tut. Unter anderem ist Nano-Aluminium darin enthalten. Das Aluminium sorgt dafür, dass die Abstrahlung der Erde in den Weltraum nicht mehr so gross ist, womit die Temperatur in der Atmosphäre steigt. Vor allem die Billigflieger-Airlines versprühen es und werden dafür bezahlt, weshalb sie günstige Flugpreise anbieten.

Um den Umweltschutz weltweit zu organisieren, müssen sogenannte Klimakonferenzen durchgeführt werden. Der Jesuit und Bilderberger Herman van Rompuy, der ehemalige Präsident des Europäischen Rates (2009-2014), hat nach seiner Designation deutlich gesagt, dass die Klimakonferenzen ein weiterer Schritt hin zur globalen Regierung unseres Planeten sind. Seit der gleichen Zeit ist auch die erste globale Weltregierung im Amt. Nur, sie wurde nie gewählt! Weshalb wissen Sie das nicht? Verfolgen Sie die Nachrichten unserer Qualitätsmedien nicht?

2.3 Medien

Unter Funktionen der Massenmedien versteht man die kommunikativen Aufgaben, die den Medien in einer demokratischen Gesellschaft zugeschrieben werden, sowie die Leistungen, die die Medien für die Menschen dieser Gesellschaft erbringen. Medien sind demnach am (Fort-) Bestand des Gesellschaftssystems und dessen Anpassungsmöglichkeiten an die Umwelt mitbeteiligt. Sie vermitteln Wissen und Erfahrungen, d.h. das subjektive Wissen des Empfängers wird erweitert. Die Medien erfüllen daher eine herrschaftliche Funktion; diejenige von Babylon. Sie erfüllen nur einen Zweck, nämlich das bestehende babylonische System zu erhalten, denn sie verbreiten nur subjektives, also babylonisches Glaubenswissen. Sie vermitteln uns die vielfältigen Interessen der verschiedenen babylonischen Organisationen und stellen diese als gesellschaftlich anerkannte Verhaltensweisen und Verhaltensnormen dar, die als Massenloyalität die sozialen, politischen und rechtlichen Normen herstellen. Mit andern Worten: Wir werden vollständig durch Babylon manipuliert. Die Massenmedien vermitteln uns nur das, was für den babylonischen Politprozess erforderlich ist, um uns in die gewünschte Richtung zu manipulieren. Die Medien sind deshalb die Vierte Gewalt im babylonischen Staat. Sie müssen uns täglich das babylonisch-privatkapitalistische System als Non plus Ultra verkaufen, damit wir in unserem Hamsterrad einigermassen zufrieden gehalten werden und nicht auf andere Gedanken kommen, einen Paradigmenwechsel zu vollziehen.

Der MI6-Agent und Erb-Babylonier George Orwell, eigentlich Eric Arthur Blair (1903-1950), beschreibt in seinem Buch «1984» das Wahrheitsministerium, «Miniwahr», wie es in der Neusprache heisst. In der weissen Front des Miniwahr sind drei Wahlsprüche der Partei gemeisselt: *«Krieg bedeutet Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke.»* Und weiter: Demokratie ist Krieg! Das ist nichts anderes als die Verdrehung der Sprache, wie sie die Frankfurter Schule perfektioniert.

3 Erklärung der Behördenwillkür aufgrund der Geschichte

«Und ist der Schwindel noch so dumm, er findet stets sein Publikum.» *Wilhelm Busch (1832-1908)*

3.1 Die Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht

Die Nationalstaaten sind ein Produkt der Babylonier, genau gleich wie das Kommunistische Manifest. Im Kommunistischen Manifest heisst es aber u.a., dass die Nationalitäten aufzuheben sind, ebenso die ewigen Wahrheiten Freiheit und Gerechtigkeit.

Mit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht und dem Beginn der Willkür in den Behörden und Gerichten wurde gezielt Gerechtigkeit aufgegeben, wie sie im Kommunistischen Manifest gefordert wird. Damit wird klar, dass die Behörden nur Babylon verpflichtet sind.

Dass die Schweizer Gerichte, aber auch alle anderen Behörden, begonnen haben, willkürlich zu urteilen, heisst nichts anderes, als dass die Gerechtigkeit abgeschafft wurde.

In Deutschland haben wir das gleiche Problem, indem das Parlament seine Kompetenzen Hitler delegierte und sich selbst entmündigt hat. Das ist gleichbedeutend mit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht in der Schweiz; bloss das Umfeld ist anders. Das deutsche Parlament hat bis heute keine bessere Legitimation, denn Deutschland ist nicht souverän.

Mit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht wurde die Gewaltenteilung eingeführt. In führungstechnischer Hinsicht gibt es einen Leitspruch: Teile und herrsche. Nun stellt sich aber die Frage, wer herrscht? Die Antwort kann einfach gegeben werden: Babylon. Zusammenfassend heisst das, beide Parlamente sind babylonisch und verfolgen damit die Agenda des Kommunistischen Manifestes, unabhängig der Parteicouleur, da die Universalparteien nur ein dialektisch-politisches Kampfmittel der Babylonier sind.

Damit steht auch fest, dass die Gerichte gemäss der babylonischen Menschenrechtskonvention weder unabhängig noch unparteiisch sind. Das ist ein Verstoss gegen diese Konvention, weshalb ich alle Gerichtsurteile mittels Nichtigkeitsbeschwerde durch alle Instanzen angefochten und bis nach Strassburg weiter gezogen habe. Aber ich bin auf der ganzen Linie immer unterlegen. Die Richterin in Strassburg behauptete gar, dass meine Beschwerde unzulässig sei, weil die in der Konvention niedergelegten Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Leider gibt es diesbezüglich keine Vorschriften. Das ist die blanke Willkür, die nur der Anfang von noch viel Schlimmerem ist.

Mit andern Worten heisst das, alle Verfahren, die mit gewaltigem Aufwand gegen mich angestrengt und dabei keine Verbrechen gescheut wurden, um mich zu liquidieren, sind daher nichtig. Allerdings habe ich weder die Kraft noch die Macht, diese Widerrechtlichkeit rückgängig zu machen.

3.2 Die Berichte der Geschäftsprüfungskommissionen an die Bürgerversammlungen

Bei den Berichten der Geschäftsprüfungskommissionen an die Bürgerversammlungen geht es ums gleiche Prinzip wie bei der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht, nämlich um die Ausübung der Herrschaft. Da auf Stufe Gemeinde die Bürgerversammlungen nicht so einfach aufgehoben werden können, um der Bürgerschaft die Herrschaft wegzunehmen, wurden unter dem Deckmantel des Amtsgeheimnisses die GPK-Berichte kurzerhand zensuriert. Dass das niemand bemerkt hat, zeigt, wie verblödet die Gesellschaft ist, erst recht, nachdem ich in Flawil darauf hingewiesen habe!

Das ist der Hintergrund, weshalb mir die babylonische Regierung das Recht unter diesem Titel verweigert hat.

Aber die Flawiler sind so schlau, dass sie zuliessen, die Technischen Betriebe in eine Aktiengesellschaft, eine Société anonyme umzuwandeln. Sie haben damit die Technischen Betriebe privatisiert, d.h. der Öffentlichkeit entrissen. Mit andern Worten, sie haben keine Kontrolle mehr über diesen Betrieb. Ohne den neuen Verwaltungsrat zu kennen, behaupte ich, dass dieser babylonisch ist. Na ja, «nur die dümmsten Kälber, wählen ihren Metzger selber!»

3.3 Strafrecht

Wenn es politische Absicht ist, die Gerechtigkeit aufzuheben, so muss Babylon auch dafür sorgen, dass Behördenmitglieder und Beamte, wenn sie Verbrechen gegen die Bevölkerung begehen, strafrechtlich geschützt sind. Das Ermächtigungsverfahren im Kanton St. Gallen und seit 2005 auch im Kanton Zürich dient diesem Zweck. Allerdings ist spätestens seit der eidg. Strafprozessordnung, in Kraft seit 2011, dank dem Bilderberger Blocher, das Opportunitätsprinzip verankert. Das ist ein Freipass, um Strafanzeigen beliebig abzuschmettern. Deshalb wäre das Ermächtigungsverfahren gar nicht mehr erforderlich.

Bei den Magistratspersonen, also Bundesräten und Bundesrichtern - ebenso sinngemäss auf Stufe Kanton - sowie den Mitgliedern der Bundesversammlung ist das Verfahren zur Einleitung einer Strafverfolgung so geregelt, dass zuerst die babylonische Bundesversammlung, bzw. Kantonsparlament, darüber entscheiden muss. Mit andern Worten: Babylon schützt sich selbst vor Strafverfolgung!

3.4 Die weiteren Verfahren

Über die Vergabe der amtlichen Publikationen muss ich nichts mehr ergänzen, denn das sollte nun allen klar sein. Anders sieht es bei der Wahlbeschwerde aus. Da habe ich schon in den Grundlagen erklärt, dass der Gemeinderat der Druckerei Flawil Vorteile gewährt habe, sich im Gegenzug aber bevorteilen liess, womit die Bestechung offensichtlich wird. Bezüglich der Medien gibt es aber noch einige Hinweise: Sie haben das bestehende babylonische System zu erhalten. Sie erfüllen somit die herrschaftliche Funktion - jener von Babylon. Die Medien sind demzufolge in babylonischer Hand, was heisst, sie sind abhängig. Damit wird klar, dass die Berichterstattungen gezinkt sind, und zwar nicht nur in Flawil, sondern weltweit. Kommt noch hinzu, dass, wie beispielsweise bei den Abstimmungen auf Bundesebene, 95 Prozent der Stimmenden durch PR-Manipulationen beeinflusst werden. Transportiert werden diese falschen Argumente wiederum durch die Medien. Summa summarum kommt man zum Schluss, dass systematisch gegen die elementarsten Menschenrechte bezüglich freier Meinungsäusserung und Medienfreiheit verstossen wird, weshalb konkret die Gemeinderatswahlen 2000 eine Farce waren. Ich gehe davon aus, dass die Wahlen mit dem heutigen Wissen ganz anders verlaufen wären. Deshalb sind die Gemeinderatswahlen nichtig und der Gemeinderat hat ohne Legitimation gehandelt. Angesichts der Gesamtzusammenhänge muss man

einen Schritt weiter gehen und deshalb schweizweit (eigentlich weltweit) sämtliche Abstimmungen und Wahlen in Frage stellen.

Die ganze Behördenwillkür von Baukommission und Gemeinderat war nur möglich, weil es das übergeordnete System so will. Wenn ich mir die Baubewilligungen so anschaue, so komme ich zum Schluss, dass die Baukommission im Rahmen der Baubewilligungsverfahren Babylonier zulasten der übrigen Eigentümer bevorteilt hat. Deshalb zeitigte die Aufsichtsbeschwerde ausser einer formellen Kontrolle, um die Bevölkerung zu beruhigen, für die Betroffenen keine Folgen.

Betreffend Erschliessung Mittlerer Botsberg hat mich der Gemeinderat vollendet genötigt. Obschon ich ihm nur den Auftrag für die Planung der Landwirtschaftsparzelle erteilte, die Planung für das Bauland aber nicht abgab, hat er eine Erschliessung für die Baulandparzelle in Auftrag gegeben. Nachdem der Konkurs eröffnet wurde, hat der Gemeinderat diese Kosten beim Konkursamt zulasten der Gläubiger bzw. zu meinen Lasten anhängig gemacht. Damit hat er eine Forderung begehrt, die ihm gar nicht zusteht, was heisst, er hat Betrug begangen. Aber das ist nicht alles: Der ganze Gemeinderat war nicht legitim im Amt, weshalb ihm die Kompetenz fehlte; des weiteren waren vier von neun Gemeinderäten mir gegenüber befangen. Da sie bei meinen Geschäften nie in den Ausstand getreten sind, sind diese Handlungen ebenfalls ungültig. Viel mehr Verbrechen kann man in einem Geschäft kaum mehr machen. Deshalb hütet sich der Gemeinderat seit 2012, das Inkasso durchzusetzen. Aber solche Kriminelle wurden mit Glanz gewählt!

3.5 Hintergrund dieser Vernichtungsaktion

Nachdem Sie das Muster der Willkür kennen, verzichte ich auf weitere Erklärungen, möchte aber die Gründe für diesen Vernichtungsfeldzug kurz erklären.

Als ich im Jahre 2000 rebellierte, wusste ich nicht, in welches Wespennest ich stechen würde, denn ich kannte die Geschichte nur von der Schule, d.h. ich war verblödet. Mein Instinkt sagte mir aber, was Sache ist, weshalb ich entschieden voranging. Obschon ich objektiv das Recht auf meiner Seite hatte, wurde es mir verweigert, denn meine Stossrichtung stand diametral zur politischen Agenda, die nirgends kommuniziert wird. Ich stellte die «bestehende Ordnung» in Frage. Einer, der die bestehende Ordnung in Frage stellt, ist ein Rebell. Nach dem Kommunistischen Manifest ist das Eigentum der Emigranten und Rebellen zu konfiszieren. Dabei wird wieder bestätigt, wer hinter diesem Vernichtungsfeldzug steht.

Ich möchte hier betonen, dass ich nicht der Einzige bin, der das erlebt hat, denn das geht, wenn auch nur indirekt, aus den verschiedenen Akten hervor. Die Willkür besteht, seit der Nationalstaat gegründet wurde. Sie hat aber massiv zugenommen.

4 Schlussbemerkung

«Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.» *Perikles (490- 429 v.u.Z.), führender Staatsmann Athens*

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es dem kriminellen Netzwerk gelungen ist, mich praktisch zu enteignen. Rein rechtlich ist es diesem Netzwerk aber nicht gelungen, denn wie erklärt, sind alle Gerichtsentscheide nichtig und zudem gründen alle Handlungen auf Verbrechen. Die Auseinandersetzung steht daher eins zu eins und ist noch nicht entschieden. Nebst diesem Unentschieden habe ich diesem Netzwerk die Hosen herunter gelassen und es völlig bloss gestellt. Es ist mir aber nicht gelungen, dieses unter Kontrolle zu bringen, weil mir die Kompetenzen fehlen. Stünden mir diese zu, hätte ich den Augiasstall längstens rücksichtslos ausgemistet, bevor breitere Bevölkerungskreise dies überhaupt realisieren würden. So aber bleibt mir nur die Bekanntmachung auf diesem Weg.

Wenn Sie gesund sein wollen, so müssen Sie den Krebs in ihrem Körper unter Kontrolle bringen. Gelingt Ihnen das, so werden Sie nicht an Krebs erkranken. Wenn Sie aber den Krebs wuchern lassen, so wird er so stark werden, dass sie an den Folgen frühzeitig sterben.

Genau gleich verhält es sich im Staat. Wenn wir einen «Staat» im Staat haben, der sein Unwesen treibt, so wird der Staat eher früher als später zugrunde gerichtet. Wenn die Einwohner des Staates aber dieses Netzwerk unter Kontrolle bringen, so wird es den Staat nicht zugrunde richten können, weil der Sumpf immer wieder ausgetrocknet wird. Demzufolge müssen wir nicht die Frösche fragen, ob wir den Sumpf austrocknen wollen, sondern jene, die pflanzen und ernten wollen.

Wenn Sie gewillt sind, diesen Sumpf trocken zu legen, so müssen Sie sich massiv sputen, denn es ist mehr als fünf vor zwölf und zudem wird Ihnen demnächst ein Haarschnitt verpasst; nicht auf dem Kopf, sondern hinten rechts! Dabei kann ich Ihnen versichern, dass Sie bei dieser Auseinandersetzung alleine sein werden. Weder Parlamente, Regierungen, Gerichte, Staatsanwaltschaft, Polizei, Armee, Verbände und Parteien werden Ihnen helfen. Sie sind allein auf sich gestellt und haben das gegen die Behörden und den «Staat» im Staat durchzusetzen. Vor allem kennen Sie die Mitglieder dieses «Staates» bzw. Netzwerks nicht. Das Netzwerk hat es einfach, denn diese Mitglieder kennen sich untereinander und sie sind hoch organisiert. Deshalb dürfen Sie nicht kopflos handeln und auf der Strasse Radau schlagen; das wäre mehr als kontraproduktiv. Zur öffentlichen Klärung dieser Angelegenheit entbinde ich daher hiermit alle Behördenmitglieder und Beamte vom Amtsgeheimnis.

Bei dieser Auseinandersetzung werde ich Ihnen nicht helfen, da ich meine Arbeit erledigt habe. Ebenfalls werde ich nicht auf Fragen rund um dieses Manifest[2] eingehen und auch sonst keine Ratschläge erteilen. Anfragen sind daher sinnlos.

---

[2] http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/Der_Spiegel_Kurzfassung.pdf